



## RETTUNGSDIENST AUS NIEDERSACHSEN BEGLEITET MIT DELEGATION BEGINN DER TARIFVERHANDLUNGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST IN POSTDAM

Sie mussten nicht lange überlegen, um ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen – Jörg Pfennig und seine Kolleg:innen von der Rettungswache Brake im Landkreis Wesermarsch haben am vergangenen Dienstag, dem 24. Januar 2023, den Auftakt der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst in Potsdam begleitet. Sie charterten gemeinsam mit Beschäftigten des Rettungsdienstes in Wittmund und Aurich einen Bus, um vor Ort für die Belange des Rettungsdienstes einzutreten. „Wir mussten zwar um kurz nach 5 Uhr losfahren, aber der Weg hat sich gelohnt“, sagt Pfennig.

Vor Ort begrüßte der Rettungssanitäter den ver.di-Landesleiter Detlef Ahting, der zum Auftakt als Teil der ver.di-Verhandlungskommission in Potsdam war, und berichtete ihm über die nicht haltbare Situation im Rettungsdienst. Ahting zeigte sich

erfreut und - angesichts des Engagements - tief beeindruckt von der Delegation.

Insbesondere aber freute er sich darüber, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor Ort das Engagement der Niedersachsen würdigte. Sie ging vor dem Beginn der Gespräche mit den Gewerkschaftsvertreter:innen auf die Demonstrierenden vor dem Hotel zu und hörte sich an, was sie vorzubringen hatten. „Sie hat uns gesagt, dass unsere Forderung von 10,5 Prozent sehr hoch sei, sie hat aber auch den Eindruck vermittelt, dass sie verstanden hat, worum es uns geht“, sagt Jörg Pfennig.

Zu hohe Belastungen im Dienst, keine Wertschätzung und zu wenig Gehalt, das sind die drei Hauptkritikpunkte, die die Mitarbeiter:innen des Rettungsdienstes der Ministerin mit auf den Weg gegeben haben.



„Der Krankenstand bei uns ist wegen der Arbeitsbelastung stark angestiegen. Allein heute bin ich schon drei Mal von der Dienststelle angerufen worden, ob ich zum Arbeiten kommen kann, obwohl ich eigentlich frei habe“, sagt der Rettungssanitäter. Die Kolleginnen und Kollegen seien schlicht ausgebrannt, viele würden den Job verlassen, so dass sich die Lage für die übrigen Beschäftigten auf den Rettungswachen weiter verschärfe. „Das alles wird aber von Seiten der Politik so hingenommen, wir erfahren keine Wertschätzung für das, was wir tun“, empört sich Pfenning.

Dazu komme, so Jörg Pfenning, eine Ungleichbehandlung gegenüber den Einsatzkräften der Feuerwehr. „Die Kolleginnen und Kollegen, die ja zum Teil auch ausschließlich auf einem Rettungswagen eingesetzt werden, dürfen mit 60 in Rente gehen. Wir müssen bis 67 arbeiten“, sagt Pfenning. Auch andere aktuelle Entwicklungen in seiner Branche würden nicht dazu beitragen, die Stimmung bei den Beschäftigten zu erhöhen. „Wir haben im Landkreis einen neuen Notfallkrankswagen. Dort werden Kollegen nach einer nur dreimonatigen Ausbildung eingesetzt. Wir anderen haben aber eine



dreijährige Ausbildung absolviert. So eine Entwicklung macht das Berufsbild kaputt“, sagt Pfenning.

Ein Thema brennt den Beschäftigten des kommunalen Rettungsdienstes aber ganz besonders unter den Nägeln: „Die 48 Stunden Bereitschaftszeit sind ein Relikt aus der Steinzeit“, sagt ver.di-Gewerkschaftssekretär Oliver Barth. Warum die Kolleg:innen aus dem Rettungsdienst mehr arbeiten sollen als andere, sei nicht mehr zu erklären. Längst schon seien die Bereitschaftszeiten so verdichtet, wie eine Vollzeitarbeit. „Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, warum die Kolleg:innen in den kommunalen Rettungsdiensten tausende von unbezahlten Mehrstunden leisten“, sagt Gewerkschafter Barth. Der DRK-Reformtarifvertrag mache es vor. Dort werde die Bereitschaftszeit von bereits reduzierten 45 Stunden bis zum Jahr 2028 auf 42 Stunden gekürzt, bei Beibehaltung der Entgelte. Zudem würden sogar besondere Entlastungen für Kolleg:innen ab 55 umgesetzt. „Beim jetzigen Arbeitskräfteproblem und der desaströsen Situation in der Notrettung müssen kommunale Arbeitgeber hier endlich nachziehen“, fordert Barth.



## EUER ERFOLG BRAUCHT EUREN EINSATZ!

Die Tarifrunden in diesem Jahr werden uns deutlich mehr abverlangen, als zurückliegende Verhandlungen. Nicht nur bei den großen Runden wie aktuell bei der Post und im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen, später im Handel und im Herbst bei den Ländern, werden die berechtigt hohen Forderungen auch in vielen weiteren kleineren Runden nur dann durchsetzbar sein, wenn sich viele Kolleg:innen aktiv für Ihre eigenen Forderungen einsetzen und an den Aktionen beteiligen. Nur so kann gemeinsam Druck auf die Arbeitgeber erzeugt werden. Nur mit breiter Beteiligung kann den erheblichen Widerständen, die sich bereits jetzt in den Verhandlungen zeigen, etwas entgegengesetzt werden, nur dann gibt es auch Aussichten auf gute Abschlüsse.

**Du bist nicht in einer Tarifrunde?  
Sei solidarisch und unterstütze unsere  
Kolleg:innen bei ihren Aktionen und Streiks!!!**